

Pratteln, 28. September 2020

## Medienmitteilung

### Einstimmiges Nein zur Unternehmensverantwortungsinitiative UVI

- **FDP Baselland fasst die Parolen für die Abstimmungen vom 29. November 2020**
- **Gastreferent Roman Mazzotta, Länderpräsident der Syngenta Schweiz, erläutert Problematik der Unternehmensverantwortungsinitiative aus Unternehmenssicht**
- **Einstimmige Nein-Parole zur Unternehmensverantwortungsinitiative und zum Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten**
- **Ja-Parole zum kantonalen Gesetz über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an die Mieterinnen und Mieter im Zusammenhang mit dem Coronavirus**
- **Saskia Schenker zur aktuellen politischen Lage: «Die Polparteien sind daran, die Schweizer Wirtschaft zu versenken»**
- **Würdigung und Verabschiedung von Vizepräsidentin Naomi Reichlin**
- **Wahl von Alain Bai, Gemeinderat von Muttenz, in die Parteileitung**

---

Im Mittelpunkt des Parteitages der FDP Baselland vom 24. September 2020 in Pratteln standen die Parolen-Fassungen für die Abstimmungen vom 29. November.

Roman Mazzotta, Länderpräsident der Syngenta Schweiz, erläuterte die Problematik der Unternehmensverantwortungsinitiative aus Unternehmenssicht. Laut Mazzotta steht Syngenta hinter den Grundanliegen der Initiative: «Natürlich stehen wir zum Schutz von Menschen und der Umwelt. Wie alle grossen Schweizer Unternehmen haben wir umfassende Corporate Social Responsibility-Richtlinien und lernen ständig dazu. Ich erinnere daran, dass wir mit unserem Good Growth Plan schon 2013 begonnen und unter anderem über 42 Millionen Bauern und Landarbeiter im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln ausgebildet haben. In anderen Ländern sind wir mit unterschiedlichen staatlichen Strukturen, Gesetzen, Normen und Kulturen konfrontiert, die wir zu respektieren haben. Es existieren keine umfassenden Weisungs- und Kontrollmöglichkeiten von unabhängigen Lieferanten und die lückenlose Rückverfolgbarkeit einer Lieferkette mit einer Vielzahl von Zulieferern im In- und Ausland ist in der Praxis nicht machbar.» Laut Mazzotta liegt der Schlüssel in der Kooperation von Unternehmen, Staaten und NGO, so wie dies auch die UNO fordert. Und weiter: «Einzelne Staaten wie Frankreich, die Niederlande und auch die EU verankern oder diskutieren Rechenschafts- und Sorgfaltspflichten im Gesetz und folgen somit einem internationalen Trend. Genau dies sieht auch der Gegenvorschlag vor, den wir unterstützen.» Die von der Initiative geforderte Haftung für Schweizer Unternehmen für das Verhalten von Dritten und die Beweislastumkehr würde hingegen Schweizer Unternehmen unter Generalverdacht stellen. Ein solches System wäre gemäss Mazzotta weltweit beispiellos. Die Initiative sei kontraproduktiv, da sie zu einem Ausschluss von kleinen Zulieferbetrieben oder einem Rückzug von Unternehmen aus Risikogebieten führen kann. Darunter würden vor allem Kleinunternehmer und das lokale Gewerbe in Entwicklungsländern leiden. Nach einer kurzen Diskussion fassten die Freisinnigen ohne Gegenstimme die Nein-Parole.

Naomi Reichlin, Vizepräsidentin der FDP Baselland, hat Verständnis für die Ziele der Initiative zum Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten, wie etwa die Förderung von Frieden oder eine glaubwürdige Sicherheits- und Aussenpolitik. Das von der Initiative geforderte Finanzierungsverbot sei bezogen auf diese Ziele jedoch wirkungslos: «Ein Finanzierungsverbot in der Schweiz würde die globale Nachfrage nach und das Angebot an Kriegsmaterial weltweit kaum beeinflussen.

Es besteht schon heute ein Verbot zur direkten Finanzierung von verbotenem Kriegsmaterial wie nukleare, biologische und chemische Waffen, Antipersonenminen und Streumunition.» Die Initiative hätte aber laut Reichlin negative Auswirkungen auf die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und negative finanzielle Auswirkungen auf Stiftungen und Pensionskassen. Die Initiative trafe zudem viele KMU, die zum Beispiel Präzisionswerkzeuge, Glas oder anderes Zuliefermaterial für die Rüstungsindustrie aber eben auch für andere Industrien herstellen. Einstimmig fassten die Freisinnigen die Nein-Parole zu dieser Vorlage.

FDP Fraktionspräsident Andreas Dürri erläuterte das Gesetz über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an die Mieterinnen und Mieter von Geschäftsräumlichkeiten im Zusammenhang mit dem Coronavirus. Dabei betonte er, dass mit der Annahme der Vorlage verhindert werden könne, dass im Baselbiet eine nationale Vorgabe mit Eingriffen in das Eigentumsrecht zum Tragen komme. Ziel muss es laut Dürri sein, dass alle noch nicht gelösten Fälle unter den Vertragsparteien privatrechtlich gelöst werden. Er begrüsst daher die kantonale Vorlage, die einen freiwilligen Anreiz für Vermieter und Mieter zu einer Drittelslösung vorsieht, in dem der Kanton einen Drittel beisteuert. Dies unter Abzug der bereits erhaltenen Soforthilfe. Und weiter: «Wir fanden es seitens Parteirat und Fraktion richtig, dass der Staat, der den Lockdown herbeigeführt hat, einen Drittel an die Mietkosten beisteuert.» Regierungsrätin Monica Gschwind erläuterte, weshalb der Regierungsrat die Vorlage ablehnt «Wir haben sehr rasch Soforthilfe für die betroffenen Unternehmen gesprochen, mit welcher auch die Mietkosten gedeckt werden konnten.» Mit 33 Ja- zu 24 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wurde die Ja-Parole gefasst.

Ihre Ausführungen zur aktuellen politischen Situation betitelt Parteipräsidentin Saskia Schenker mit der Schlagzeile «Die Polparteien versenken die Schweizer Wirtschaft». Die SVP gehe im aktuellen Abstimmungskampf für ihre Begrenzungsinitiative soweit, dass sie versuche, den Abstimmungskampf zum Kampf der Konzerne gegen die SVP zu machen. «Damit nimmt sie in Kauf, dass ihre Basis auch bei der Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) gegen die Grossunternehmen stimmt. Das ist verheerend». Schenker betont, dass auch sie die Ziele der UVI teilt: «Ja, ich will, dass alle Unternehmen Menschenrechte einhalten. Ich will nicht, dass Naturpärke bei der Ölgewinnung verseucht werden. Ich will, dass Kinder in die Schule gehen statt Schwerstarbeit zu leisten.» Es geht aber laut Schenker nicht an, dass die Linken den Menschen, die sich eine bessere Welt wünschen, einfache Rezepte servieren, welche die Schweizer Unternehmen als Verursacher der Probleme sehen: «Es werden Sündenböcke gesucht für hochkomplexe Themen, die wir alle rasch lösen würden, wenn wir dies könnten.» Und weiter: «Unternehmen kommen heute um die sogenannte Corporate Social Responsibility (CSR) wie auch die OECD-Leitsätze für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln nicht mehr herum. Viele benennen offen bestehende Konfliktfelder und Herausforderungen und zeigen auf, wie sie das verbessern möchten». Laut Schenker wird leider zu oft vergessen, dass Schweizer Unternehmen viel Gutes in ärmere Länder bringen, sinnvolle Regulierungen anstossen und Arbeitsplätze schaffen. «Unternehmen können verbessern und eigene Standards durchsetzen, sie können aber nicht fehlende hoheitliche staatliche Strukturen ersetzen oder lokale Gesetze ignorieren», so die Parteipräsidentin.

Schenker verabschiedete an diesem Parteitag Naomi Reichlin, die als Vizepräsidentin der Kantonalpartei zurücktritt. Sie dankte ihr für drei Jahre der intensiven Zusammenarbeit: «Intelligent, kritisch, hinterfragend, hast Du in der Parteileitung mitgearbeitet. Du hast neue Ideen in die Parteileitung gebracht und auch (aber nicht nur!) deine Generation hervorragend vertreten.» Als Nachfolger wählte der Parteitag den 27-jährigen Alain Bai, Gemeinderat von Muttenz und Doktorand an der Juristischen Fakultät der Universität Basel, in die Parteileitung. Aufgrund seiner

aktuellen beruflichen und familiären Belastung möchte Alain Bai darauf verzichten, das Vizepräsidium zu übernehmen. Für das Vizepräsidium stellt sich deshalb das bisherige Parteileitungsmitglied Marianne Hollinger zur Verfügung. Die Parteileitung konstituiert sich an ihrer kommenden Sitzung.

---

Kontakt:

Saskia Schenker, Landrätin, Präsidentin FDP Baselland, 079 212 78 65